

## Forderung nach internationaler Zusammenarbeit

*Die Diskussionen zum Thema der „Bekämpfung des internationalen Menschenhandel“ haben begonnen.*



Kaufen | Verkaufen

Kategorien ▾ Motors Express Shops

**KIEL (ds)** – Am dritten Konferenztag konnte auch in der Kommission I endlich der dritte Tagesordnungspunkt besprochen werden.

Die Delegation Mexikos begann mit einem Redebeitrag, in dem sie unter anderem schilderte, dass ihre Grenzen zu den USA sehr stark von diesem Problem betroffen seien. Gleichzeitig forderte sie die internationale Mithilfe und das Weiterkämpfen gegen den Menschenhandel. Zuerst anders angenommen, wurde die Thematik nicht nur den Entwicklungsländern zugeschrieben, sondern auch den Industrie- und Schwellenländern. Besonders Spanien und Griechenland würden eine internationale Zusammenarbeit begrüßen, vor allem begründet durch die Nähe ihrer Länder zum afrikanischen Kontinent. Lybien bezeichnet dazu noch die Krisenherde von Osteuropa in die EU und auch Mittel-/Südamerika in die USA.

Nachdem die USA ihre Sklaverei als „schwarze Vergangenheit“ bezeichneten und der Meinung waren, dass das Problem des Menschenhandels nicht im Interesse der Regierung des Landes sei, schrieb Tschechien diese Aufgabe den Vereinten Nationen zu. Dies jedoch ist durch das Nicht-Einmischen der UN ge-

setzlich geregelt, erwähnte die Volksrepublik China, welche sich allgemein sehr im Hintergrund gehalten hat.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes erinnerte alle Delegationen und den Vorsitz noch einmal an die menschenunwürdigen Bedingung, unter denen die Menschen transportiert werden und dass dies gegen die Menschenrechte verstoßen würde. Daraufhin wurde eine Lobbyingphase eingereicht, da sich viele Nationen den Vorstellungen der NGO anschließen wollten. In dieser „Pause“ sah man viele Delegationen um den Tisch des Roten Kreuzes herumstehen, unter anderem sah man aber auch China und Kap Verde, die sich dezent zurückhielten. Auf die Frage der Presse nach ihrem Verhalten erhielten wir folgenden Kommentar: „Kap Verde und China sind die Drahtzieher im Hintergrund. Sie werden den Resolutionsentwurf des Roten Kreuzes so auseinander nehmen, dass sie sich wünschen werden, diesen Raum nie betreten zu haben.“ (Kap Verde) Auf nähere Fragen wollten beide Nationen nicht eingehen.

Bleibt nur zu hoffen, dass dieser Resolutionsentwurf mehr Befürworter und Unterstützer findet als der zweite der Kommission I.

### *Im Blickpunkt*

Waffenhandel	Seite 3
UNglauben	Seite 4

#### **KRISE IN PAKISTAN**

### **Stellung der Nato-Mitgliedsstaaten**

**KIEL (nm)** – Im Weltsicherheitsrat bekräftigten die Nato-Mitgliedsstaaten, dass eine Entschärfung der Krise nur durch verstärkten militärischem Druck auf Pakistan erzielt werden könne. Sie sprächen sich außerdem für eine UN-Peacekeeping Mission aus, um die Lage weiter zu stabilisieren und Frieden zu sichern. Die Vorwürfe der Kriegstreiberi und des Imperialismus weisen sie entschieden von sich und erwarten eine offizielle Entschuldigung.

#### **KRISE IN PAKISTAN**

### **Stellung der Volksrepublik China und der Russischen Föderation**

Die Volksrepublik China sowie die Russische Föderation konnten diplomatische Beziehungen zur neuen pakistanischen Regierung herstellen. Im Gespräch signalisierte diese Handlungsbereitschaft mit den Vereinten Nationen. Die Entwicklung zeige laut der beiden Nationen, dass die Gefahr eines Krieges und eine Destabilisation des Mittleren Ostens sehr unwahrscheinlich seien.

Die Volksrepublik China und die Russische Föderation hätten von vornherein auf eine diplomatische, gewaltfreie Lösung der Krise gesetzt. Sie kritisieren deshalb zutiefst den kriegstreiberischen, imperialistischen Geist der USA und ihrer Verbündeten. Die USA zeigten nicht nur enorme Gewaltbereitschaft, sondern drohten der UNO sogar mit einer militärischen Intervention ohne Legitimierung der Vereinten Nationen. China und Russland sehen es also als ihren Verdienst an, dass die Welt vor einem weiteren Schrecklichen Krieg bewahrt wurde. (nm)

## China für Pressefreiheit

In der Kommission für Friedenskonsolidierung stimmte China am Samstag gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit und pflichtete so der Rede des indischen Delegierten über Pressefreiheit und Recht auf freie Meinungsäußerung bei. (hpi)

## Libyen fordert Grenzzaun

Der libysche Staat fordert die Errichtung einer Mauer oder eines Grenzzaunes durch die Sahara. Libyen „hofft auf Kooperation seitens der nordafrikanischen Staaten sowie der nordafrikanischen Mittelmeeranrainer“, damit „ein Überqueren der Grenzen ohne Passport und Visum unmöglich wird“. Libyen sehe die Subsaharastaaten nicht dazu in der Lage, eigene Grenzkontrollen effektiv durchzuführen. (hpi)

## Verstaatlichung der Erdölförderung Nigerias

In einer Pressemitteilung Nigerias gibt die nigerianische Regierung die Verstaatlichung der Erdölförderung bekannt. Als Begründung nannte ein Vertreter Nigerias die Missachtung von internationalen Standards zum Thema Umwelt- und Bevölkerungsschutz.

Vornehmlich holländische Unternehmen seien betroffen. Auch Bitten der nigerianischen Delegation an die der Niederlande sollen ungehört geblieben sein. „Neben einer Verbesserung der Lebensstandards der Menschen in den Förderungsgebieten wird

Nigeria auf diese Weise seine Einnahmen maximieren und diese in die Entwicklung des Landes reinvestieren.“ Ein weiterer Abschnitt der Mitteilung besagt, dass Nigeria mit der Volksrepublik China in Verhandlungen über langfristige Lieferverträge stehe. (hpi)

## Resolution abgeschmettert

**KIEL (ds)** – Die am Samstag vom Gremium der Kommission I mehrheitlich (13 zu 11 Stimmen) angenommene Resolution zum Tagesordnungspunkt „Bekämpfung von Infektionskrankheiten“ wurde am Sonntagmorgen in den WiSo-Rat geschickt.

Zur Pro-Rede sprach die Delegation von Marokko, die Contra-Rede hielt die Volksrepublik China.

Marokko war im Allgemeinen sehr überzeugt von der Resolution. In diesem Zusammenhang sprach die Delegation von der „Lockerung der Patentrechte zugunsten der Entwicklungsländern“ oder dem „Zugang zu Lizenzprodukten“. Als jedoch China am Rednerpult seine Meinung vertrat, wurden viele posi-

ve Aspekte Marokkos stark entkräftet. Die Volksrepublik fragte sich zum Beispiel, woher das Geld kommen solle. Auch wurde angemerkt, dass in der Resolution nicht angesprochen worden sei, dass afrikanische und auch islamische Staaten diese medizinische Hilfe komplett ablehnten. Der Delegierte kam also zu dem Schluss, dass er die vorliegende Resolution als unzulänglich empfindet und sie nicht die Interessen des Gremiums und der anwesenden Interessengruppen vertrete.

Nach einigen wenigen Rede- oder Kurzbeiträgen, zum Beispiel von Brasilien oder Thailand, welche sich meist nur an die Pro-Rednerin richteten, forderte der Delegierte Paraguays aus dem WiSo-

Rat die sofortige Abstimmung über die Resolution. Diesem Antrag wurde stattgegeben. In der folgenden Abstimmung kam es zu einer einfachen Mehrheit in dem Verhältnis von einer positiven zu 27 negativen Stimmen.

Somit war der langwierig ausgearbeitete Resolutionsentwurf, welcher vielen Veränderungen unterlag, gescheitert. Das Erstaunen der anwesenden unterstützenden Delegationen der Kommission I war darüber sehr groß, zumal der Punkt der „Bekämpfung von Infektionskrankheiten“ mit dieser Ablehnung komplett von der Tagesordnung gestrichen wurde, ohne dass eine wirksame Lösung für die betroffenen Länder gefunden wurde.

### PRESSEERKLÄRUNG

## Sri Lanka

**KIEL (an)** – Nachdem eine ehrenwerte Vertreterin von „amnesty international“ die Regierung Sri Lankas am Freitag im Menschenrechtsrat öffentlich angeprangert hat, möchte sich die Delegation Sri Lankas nun dazu äußern:

„Herbei unterstellte uns die besagte NGO, dass die demokratische Republik Sri Lanka absichtlich gegen die Menschenrechte im Norden des Landes verstoße. Dies möchte die Delegation in aller Schärfe zurückweisen und öffentlich richtig stellen.

Sri Lanka möchte darauf hinweisen, dass es am Anfang des Jahres zum erneuten Ausbruch des Bürgerkrieges gekommen ist und es daher nicht gewährleistet ist, dass die gesamte Bevölkerung bestmöglich versorgt werden kann. Die Regierung Sri Lankas weist dabei entschieden darauf hin, dass keinerlei Entscheidungen seitens der Regierung getroffen wurden. Es werde lediglich im Kampf gegen den Terror gegen die tamilische Terrororganisation LITE vorgegangen. Die De-

legation Sri Lankas ist somit verwundert, dass die LITE als Verstoß gegen die Menschenrechte formuliert wird.

Die Kompetenz „amnesty internationals“ ist weiterhin anzuzweifeln, da diese NGO als Menschenrechtsorganisation sich für militärische Einsätze in Somalia ausgesprochen hat und somit sich selbst widerspricht.

Die Delegation Sri Lankas fordert eine Entschuldigung „amnesty internationals“ und das Überdenken der Einstellung dieser NGO.

## Internationale Kontrolle des Kleinwaffenhandels

**KIEL (sl)** – Kleinwaffen werden bezeichnet als Waffen, die von maximal zwei Personen bedient werden können. Diese sind unter anderem Pistolen, Gewehre, Mörser, und Abwehraketen sowie Munition und Sprengstoff. Diese werden in der Politik als „Small Arms and Light Weapons“ genannt. Aber geläufiger ist die Abkürzung „SALW“. Da diese Waffen sehr klein, billig und leicht zu bekommen sind, werden sie häufig für verwendet. Durch diesen vereinfachten Zugang an SALW wird die Situation destabilisiert. Das Problem der Kleinwaffen ist, dass die Zirkulation ohne staatliche Kontrolle kaum geregelt werden kann. Eine Studie hat ergeben das 60% der kleinen Waffen in Hand der Zivilbevölkerung sind. Dieser Umstand erschwert die Kontrollen erheblich.

„amnesty international“: „Es sterben jedes Jahr 500000 Menschen durch Kleinwaffen. Aktuell soll es etwa 600 Millionen Kleinwaffen geben. Und während in der Minute ein Mensch durch den Einsatz von SALW stirbt, entstehen 15 neue Waffen. Ganze acht Millionen Stück pro Jahr. Im gleichen Zeitraum von einem Jahr werden 16 Milliarden Stück an Munition produziert.“

## Dank der NGOs

**KIEL (an)** – Die NGOs „Freedom House“, „amnesty international“ und „Ärzte ohne Grenzen“ sprechen allen Delegierten ihren Dank für die konstruktive Zusammenarbeit und der vorhandenen Akzeptanz der Delegationen und des Organisationsteams aus.

Die nicht-staatlichen Organisationen wurden dieses Jahr zum ersten Mal in der Simulation vertreten und trugen in vielfältiger Weise zu einer regen Debatte bei. Diskrepanzen wurden in den meisten Gremien geklärt. Diese Herausforderung für alle Teilnehmer der MUN-SH 2008 wurde gemeistert.

Um das zu bekämpfen wird am heutigen Tag von der UN entschieden, was zu unternehmen ist. Ein erster Ansatz sei, ein internationales Organ einzurichten. Diese soll den internationalen Kleinwaffenhandel überwachen und illegale Waffentransaktionen unterbinden.

Des Weiteren sei geplant, eine dauerhafte Arbeitsgruppe mit diesem Themenbezug einzurichten. Diese solle ein breites Beratungsfeld erhalten. Sie beziehen sich auf die Ausweitung internationaler Zusammenarbeit in Vorbereitung, im Kampf und in der Zerstörung illegal gehandelter Kleinwaffen. Sie ist außerdem verantwortlich für das Sammeln und die Weitergabe von Informationen der Mitgliedsstaaten. Ebenso fällt in den Aufgabenbereich die Planung und Unterstützung von praktisch durchgeführten Entwaffnungsmaßnahmen. Eine dieser Entwaffnungsmaßnahme könnte der Eintausch von Waffen gegen Nahrungsmittel sein.

Dazu soll es eine Reglementierung von Importen und Exporten der Kleinwaffen erarbeitet werden. Weiterhin sei zu klären, ob und wie sich die Regierungen selber eigene Maßnahmen dazu unternehmen.

## Gedenkminute

**KIEL (an)** – Greenpeace stellte in der Kommission III einen Antrag auf eine Gedenkminute. Die Thematik des Klimawandels sei sehr problematisch und um das Bewusstsein des ganzen Gremiums zu schärfen, habe Greenpeace diesen Antrag gestellt. Tuvalu werde in den nächsten 25 Jahren so stark in ihrem Territorium beeinflusst werden, dass ein Überleben der Bevölkerung ohne eine Völkerwanderung nicht mehr möglich sei. Durch den Anstieg des Meeresspiegels würde Tuvalu völlig überschwemmt. Der Vorsitz genehmigte den Antrag und das gesamte Gremium erhob sich für eine Gedenkminute.

### STAATENPRÄSENZ RECHT UNTERSCHIEDLICH

## Wo sind Estland, Lesotho, Swaziland?

**KIEL (vs)** – Wenn man sich die momentane Sitzungswoche ansieht, fällt schon bald auf, dass einige Nationen keine Delegation vor Ort haben.

Das hat jedoch nichts mit Ignoranz der Projektleitung zu tun, sondern mit der begrenzten Kapazität des Landtages.

Patrick Rosenow (Sekretariatsleitung) gab einen Einblick in die Organisation von MUN:

In der „echten“ UNO sind insgesamt 192 Staaten vertreten. Leider erlauben die Örtlichkeiten des Landtages es nicht, so viele Delegierte teilhaben zu lassen. Es wurden sogar schon Tische aus den Kopierräumen verwendet. In der UNO ist Afrika beispielsweise zu 28% vertreten, Asien auch, Lateinamerika zu 17%, Osteuropa zu 12 % und Europa zu 16%. Den Ausschüssen von MUN liegen auch diese Prozentsätze zugrunde. Wenn also 90 Staaten weniger vertreten sind, so sind die Prozentsätze noch die gleichen geblieben und das Modell der Vereinten Nationen kann authentisch durchgeführt werden.

„Wir können uns keine Menschenrechte leisten.“  
Maledivien, GV

## Atomare Eskalation nicht mehr wahrscheinlich

**ISLAMABAD (an)** Die Situation in Pakistan hat sich laut Aussage des Präsidenten Ahmad stabilisiert. Gespräche mit den Vertretern Chinas wurden erfolgreich ausgenommen. Ein kleiner Erfolg für die Entspannung die Lage in Pakistan. Der atomare Angriff Pakistans wurde deklariert. Das Wohl Pakistans stehe nun

im Vordergrund. Regierungsverhandlungen seien angesetzt, der Verantwortung einer möglichen Eskalation ist man sich bewusst.

Auf die Frage der Verweilung der nuklearen Sprengsätze Pakistans wurde eine Stellungnahme verweigert. Die Sicherheit Pakistans stehe an oberster Stelle.

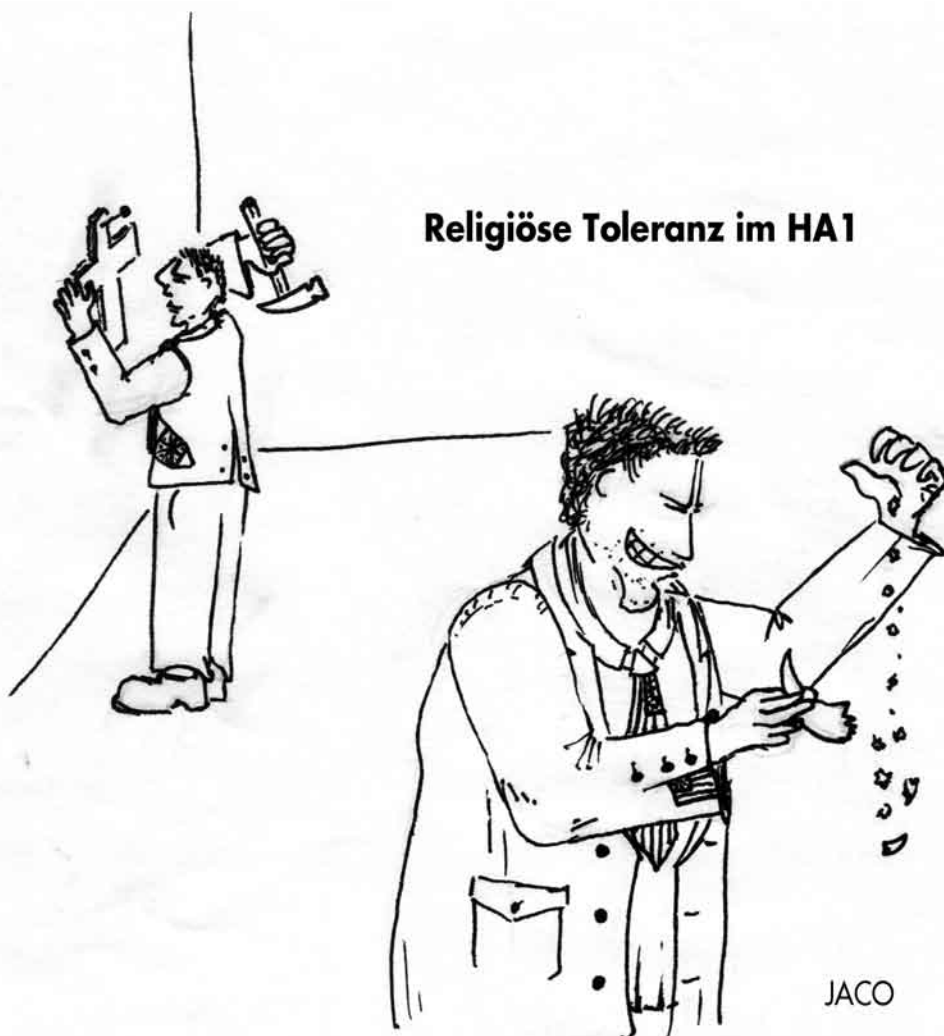
Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen debattiert über einen Resolutionsentwurf und über den diplomatischen Kontakt mit dem neuen Regime.

Die NATO- Truppen werden weiterhin nicht aus Afghanistan abziehen, um die Sicherheit Afghanistans zu gewährleisten.

## Zunehmende Religionskonflikte im HA1

**KIEL** (ds) – Nachdem bereits in den vergangenen Tagen zwei Religionszeichen des Islam, der Sichelmond, im Hauptausschuss 1 entfernt wurden, ereignete sich am heutigen Tage ein dritter, derartiger Vorfall.

Ebenfalls im HA1 wurde das islamische Glaubenszeichen durch das Vereinigte Königreich entfernt. Nachdem dies geschah, zerriss der Delegierte der Vereinigten Staaten von Amerika dieses Zeichen mit einem „höhnischen, abfälligen Grinsen“, so die Delegierten von Afghanistan und Nigeria. Die Betroffenen fühlten sich durch dieses Verhalten „zutiefst verletzt“ in ihren religiösen Gefühlen und in ihrer Ehre. Die USA und das Vereinigten Königreich würden damit den Islam und seine Glaubensrichtung zu unterdrücken versuchen.



## UNglauben

„All men are equal, but some are more equal than others.“  
(George Orwell)

„Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“  
(Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 18)

**KIEL** (nm) – Die UNO vermag es, Kriege zu verhindern, Umweltkatastrophen und Wirtschaftskrisen weltweit zu meistern. Den Erfolg verdankt die UNO zu aller erst dem Kooperationswillen aller Mitgliedsstaaten. Grundvoraussetzung dafür ist die Gleichberechtigung aller Staaten. Dies gilt auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen.

Diese einfachen Grundregeln der produktiven Zusammenarbeit wurden in letzter Zeit des Öfteren gebrochen. So äußerten sich unter anderem die Delegierten der USA mehrfach abfällig über den Islam. „Wir werden den Iran noch vom Weg Allahs abbringen!“, gab gestern der amerikanische Abgeordnete von sich. Auch zur Krise in Pakistan äußerten die USA sich dahingehend, dass in Pakistan einfach kein Platz für Muslime sei. Solche Äußerungen sind nicht

nur unqualifiziert, sondern auch überaus fehl am Platz, so ein Delegierter.

Die Reaktion des Präsidiums blieb bis zuletzt aus. Doch nicht nur fehlende Sensibilität des Vorsitzes, sondern auch das fehlende Einfühlungsvermögen der Gesamtheit zeigte sich in den letzten Tagen deutlich.

Während man den Wunsch Afghanistans nach Verhüllung der anwesenden Frauen nur müde belächelte, ging man auch auf durchaus nachvollziehbarere Anträge muslimischer Nationen nicht ein. So war man nicht bereit, die Mittagspause um eine halbe Stunde zu verschieben und so den Muslimen das mittägliche Gebet zu ermöglichen. Solch eine Mentalität ist vollkommen inakzeptabel. Denn auch wenn die Bedeutung von Glaube und Gebet auf der Welt immer mehr abnimmt, sollte es für jeden

selbstverständlich sein, die Glaubensausübung eines anderen zu tolerieren und respektieren, solange diese nicht rechtswidrig ist.

Das ist auf UN-Ebene jedoch keinesfalls so. So gab es zunächst große Proteste, als muslimische Delegierte forderten, ihren Halbmond neben dem Kreuz der Christen aufzuhängen. Der Halbmond steht dabei nicht nur für den Islam, sondern ist durchaus auch ein Zeichen des Christentums und ziert viele Abbilder der Jungfrau Maria.

Wenn die zurzeit vorherrschenden Verhältnisse sich nicht bessern, besteht die Gefahr, dass eine weitere Glaubensgemeinschaft den gesellschaftlichen Ausstoß zu fürchten hat. Die Folgen während für beide Seiten verheerend, wenn man sich die Radikalität einiger islamistischen Terroristen vor Augen führt.